

# ***Jetzt WKF-03-NEU (Klimanotstand zur Richtschnur unserer Politik auf den verschiedenen Ebenen machen)***



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: OV Wolfratshausen

Beschlussdatum: 26.06.2019

Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

## **Antragstext**

### **1 Jetzt WKF-03-NEU**

#### **2 Alter Antragstext:**

3 Bündnis 90 / Die Grünen stehen für eine Gesellschaft, die ihre Diskussionen anhand von  
4 Fakten führt.

5 Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben der Menschheit nur noch 11 Jahre Zeit,  
6 also bis 2030, um unsere Gesellschaft und die ganze Welt vor den verheerenden Auswirkungen  
7 einer Erdüberhitzung um mehr als 1,5°C zu schützen. Diese Überhitzung beträgt heute schon  
8 1,1°C gegenüber der vorindustriellen Zeit. Sie ist nach Überzeugung des überwältigenden  
9 Teils der Wissenschaft direkt gekoppelt mit der Zunahme von CO<sub>2</sub> und anderen  
10 menschengemachten klimaschädlichen Gasen in der Atmosphäre. Zudem erleben wir das  
größte

11 Artensterben seit der Dinosaurierzeit. All dies hängt zusammen mit der Art, wie wir  
12 wirtschaften. Die auf Wachstum basierende Weltwirtschaft führt dazu, dass wir 2018 schon am  
13 1. August den ‚Weltüberlastungstag‘ erreicht haben.

14 Da wir keinen Planeten B haben, müssen wir radikal umsteuern, in allen Bereichen, und das  
15 innerhalb der nächsten 11 Jahre. Vor allem müssen wir ehrlich sein und nicht unbequeme  
16 Fakten leugnen bzw. ignorieren. Diese Radikalität ist alternativlos.

17 Unter Berufung auf Artikel 20a des Grundgesetzes:

18 „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen die natürlichen  
19 Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die  
20 Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die  
21 Rechtsprechung.“

22 erklären wir deshalb den Klimanotstand und damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer  
23 schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.

24 Unsere Mitglieder, die Mandatsträger der Grünen auf allen Ebenen und die in Koalitionen  
25 mitregierenden Grünen Fraktionen müssen deshalb alle zukünftigen Beschlüsse und  
Handlungen

26 an dieser Aufgabe orientieren.

27 Folgende, nicht abschließende Schritte sind zu fordern bzw. zu unternehmen:

28 1. Information der Bevölkerung

29 • umfassende Information der Bevölkerung über den Klimawandel, seine Ursachen und  
30 Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Erdüberhitzung ergriffen  
31 werden

32 • Aktives Werben auf allen Ebenen für die Einhaltung des 1,5°C-Zieles

33 • Aufforderung an sämtliche Ebenen (d.h. lokal, regional, länderweit, bundesweit und  
34 international) sich der Ausrufung des Klimanotstandes anzuschließen

35 2. Übergeordnete Themen

36 • Ethisches Investment

37 Bis 2021 Ausstieg der öffentlichen Hände aller Ebenen aus Investment bei Staaten und  
38 Unternehmen mit unethischem/klimaschädlichem Verhalten (z.B. Kinderarbeit, Waffen,  
39 Nichtbeachtung der ILO-Normen, Kohle-, Öl-, Gasindustrie, Kernenergie, etc.)

40 • Freihandel

41 Kündigung aller Freihandelsverträge, die ungleiche Bedingungen für die Vertragsstaaten  
42 beinhalten und einer demokratischen Kontrolle entzogen sind

43 • Internationalen Politik

44 - Ausrichtung der auf die SDG (sustainable development goals) 2030 der UN unter  
45 Berücksichtigung des 1,5°C-Ziels

46 - Rüstungs- und Militärpolitik ersetzen durch friedliche und gewaltfreie Alternativen

47 • Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

48 - Umbau der Wirtschaft von Gewinnmaximierung für Anleger auf Gemeinwohlorientiertheit

49 - Konsequentes Recycling („von der Wiege zur Wiege“) und echte Preise für alle  
50 Produkte

51 • Technikfolgenabschätzung

52 alle neuen Technologien (z.B. Gentechnik, Informationstechnik, Mobilfunk, Robotik,  
53 etc.) sind vor Einführung auf ihre Auswirkung auf die Einhaltung des 1,5°C-Ziels, die  
54 Gesundheit der Bevölkerung und die Natur zu untersuchen (Vorsorgeprinzip)

55 3. Energiepolitik

56 • vollständiger Abbau der Subventionen für fossile Energieträger (Kohle, Öl, Gas und  
57 Kernenergie) bis 2025

58 • schnellstmögliche drastische Verschärfung der Grenzwerte für Luftschadstoffe von  
59 Industrieanlagen, die CO<sub>2</sub> ausstoßen (z.B. Quecksilber aus Kohlekraftwerken)

60 • sozial gerecht gestaltete CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die mit einem CO<sub>2</sub>-Preis von 60 €/t startet  
61 und bis zum Jahr 2030 auf 200 €/t steigt und damit zu einer klimaneutralen  
62 Energieversorgung führt

63 Diese Punkte führen zu einem schnellen, entschädigungslosen Aus für alle Kohle-, Öl-, Gas-  
64 und Kernkraftwerke

65 • Verstärkte Förderung privater und gewerblicher Vorhaben im Bereich Strom- und  
66 Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien, Mobilität und Gebäudedämmung, um bis  
2030  
67 klimaneutral zu sein.

68 4. Mobilität

- 69 • ab 2025 keine Neuzulassungen mehr für Kraftfahrzeuge, die mit fossilen Brennstoffen  
70 fahren
- 71 • massive Infrastrukturelle Verbesserung und Ausbau des ÖPNV in Kommunen und auf dem  
72 Land
- 73 • günstige Fahrpreise für eine leistungsfähigen lokalen, regionalen und überregionalen  
74 ÖPNV
- 75 • Verstärkte Förderung des Schienenverkehrs zu Lasten des Straßenverkehrs
- 76 • Förderung von CO2-freier Mobilität (z.B. E-Bikes, E-Lastenräder, Leihsystemen, etc.)

77 5. Landwirtschaft

- 78 • Ausrichtung auf ökologischen Landbau, der die Bodenqualität verbessert
- 79 • Umstellung der Subventionen von Flächenförderung auf Förderung von Aktivitäten,  
80 welche die Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit erhöhen
- 81 • Förderung lokaler Genossenschaften und regionaler Erzeugermärkte
- 82 • verstärkte Förderung der Umstellung von konventionellem auf ökologischen Landbau
- 83 • Subventionierung von vegetarischen und veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen  
84 und Einrichtungen, die öffentlich gefördert werden

85 6. Bauen und Sanieren

- 86 • private und öffentliche Bauvorhaben müssen den Standard KfW Effizienzhaus 40 Plus  
87 erfüllen, besser noch Passivenergiehaus- oder Plusenergiehaus-Standard
- 88 • private und öffentliche energetische Sanierungen müssen mindestens den Standard KfW  
89 Effizienzhaus 40 erfüllen
- 90 • Durch entsprechende Förderung ist sicherzustellen, dass pro Jahr 5 % der  
91 Bestandsgebäude energetisch saniert werden

## Begründung

Der Klimawandel ist seit 40 Jahren bekannt. Allen Warnungen der Wissenschaft zum Trotz steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit die Erderhitzung immer weiter. Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben der Menschheit nur noch 11 Jahre, also bis 2030, um die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen und damit die verheerendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Manche Wissenschaftler gehen sogar davon aus, dass wir in den nächsten 18 Monaten drastische Maßnahmen ergreifen müssen, um bestimmte Kipp-Punkte zu verhindern.

Außerdem ist in Deutschland der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck ca. fünfmal so hoch wie der für unsere Erde verträgliche Fußabdruck aller Menschen. Wo bleibt da noch Platz für Wirtschaftswachstum? Wir müssen unseren Verbrauch in allen Bereichen verringern und unser Wohlbefinden nicht mehr vom materiellen Wachstum abhängig machen.

Unsere Zukunft und der Fortbestand der Menschheit stehen auf dem Spiel. Wir müssen jetzt handeln – auf kommunaler Ebene, Landesebene, Bundesebene und internationaler Ebene.

Robert Habeck sagt: „Radikal ist das neue realistisch“

Auf unserer Partei ruhen die Hoffnungen vieler Menschen. Diese Menschen dürfen wir nicht enttäuschen, wenn wir nicht unglaubwürdig werden wollen.

Dies gilt besonders für unsere Verantwortung in den Regierungen auf den verschiedenen Ebenen, an denen wir als Koalitionspartner beteiligt sind.